

CDU lehnt Skateranlage ab

Partei streicht Projekt aus Haushaltsentwurf

RÜTHEN ■ Die CDU-Ratsfraktion will beim Haushalt 2016 andere Schwerpunkte setzen als der Entwurf der Verwaltung. Im Haupt- und Finanzausschuss am Donnerstagabend wird sie unter anderem Änderungen bei der Gebäudeunterhaltung und im Investitionsplan vorschlagen. Wie die Partei am Dienstag bekannt gab, verständigte sich die Fraktion bereits am Freitag bei einer Klausurtagung auf entsprechende Forderungen. Bei der Versammlung war der Verwaltungsentwurf vom designierten Kämmerer Dirk Becker vorgestellt worden.

Der Union fehlt in dem Entwurf die Sanierung des Bodens in der Schützenhalle Meiste, der Fensteraustausch in der Grundschule Oestereiden sowie die Fenstersanierung an der Westseite des Alten Rathauses. Diese Punkte sollen im Haushalt mit eingeplant werden. Zudem fordert die Partei sowohl für 2016 als auch für 2017 einen Auszubildenden in der Verwaltung. Die Ausbildung von eigenem Nachwuchs wird von der CDU wegen des künftigen Mitarbeitermangels in der Verwaltung für dringend erforderlich gehalten.

Beim Investitionsplan fordert die Partei folgende Änderungen: Die Sanierung der Stadthalle soll vorgezogen und mit 505 000 Euro 2016 und 525 000 Euro 2017

veranschlagt werden. Auch der Ausbau der Straße Oestertor in Rüthen soll vorgezogen werden, nämlich auf 2017. Hierfür werden 350 000 Euro eingeplant.

Dem Bau einer Skateranlage für 100 000 Euro erteilt die Partei hingegen eine Absage. „Wir können derzeit nicht erkennen, dass eine große Anzahl Jugendlicher den Wunsch nach einer Skateranlage hat“, heißt es in dem Antrag zum Haushalt.

Der verkehrsberuhigte Ausbau des Schlangenpfads in Höhe von 550 000 Euro soll nach dem Willen der Union auf das Jahr 2019 oder später verlegt werden. Für die Sanierung des Sportplatzes Schneringer Berg sollen jeweils 100 000 Euro für die Jahre 2016 und 2017 eingeplant werden. Ebenfalls 100 000 Euro im Jahr 2016 sieht die CDU zur Verbesserung der Breitbandversorgung in unzureichend versorgten Gebieten vor.

Bei der Klausurtagung am Freitag war laut Mitteilung auch die Stadtentwicklung Thema. Vor allem nicht mehr genutzte Immobilien bereiten der CDU Sorgen. Das Geld für Maßnahmen zur Stadtentwicklung soll deshalb um 20 000 Euro auf 60 000 Euro erhöht werden. Damit soll die Erfassung von Liegenschaften mit „Optimierungsbedarf“ und die Erstellung von städtebaulichen Konzepten finanziert werden.